**Hessische Mannschaftsmeisterschaften 2016**

**Kategorie:** Praktikerklasse 2 (160 – 340 Silben/Minute)

**Übertragungszeit:** 160 Minuten

**Quelle:** Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.02.2016 vor der Tagung des Europäischen Rates

**Anzugeben:** britische Premierminister (1.), Transparenz (2.), Bürokratie (2.), Diskriminierung (2.), Differenzierung (3.), Wirtschafts- und Währungsunion (3.), Staatsschuldenkrise (4.), Integrationsschritte (4.), Subsidiarität (6.), Fehlanreize (7.), Sozialsysteme (7.), Zustimmungsgesetz (10.), Freihandel (10.)

**Probeansage (200 Silben/min.)**

Meine Damen und Herren! Die Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens sollen vor die Wahl gestellt werden, ob das Vereinigte Königreich in der Europäischen Union bleiben soll. Deshalb wollen ¼

wir uns heute mit der Frage befassen, welche Ziele der britische Premier­minister in den bevorstehenden Verhandlungen auf der Tagung des Europäischen Rates ½

erreichen will. Die Agenda der britischen Regierung umfasst eine Reihe von Zielen. Erstens geht es um eine Reform der Freizügigkeit für Arbeit­nehmer aus anderen Staaten der ¾

Europäischen Union, ohne dass es zu einer Diskriminierung kommt. Zweitens soll das verbindliche Ziel einer immer engeren Union aus den europäischen Verträgen 2**00**

entfernt werden.

**Ansage**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in meiner Regierungserklärung heute einige Überlegungen zur ¼

bevorstehenden Tagung des Europäischen Rates vorstellen. Ein wich­tiges Thema dieser Tagung des Europäischen Rates wird die Zukunft Großbritanniens ½

als Mitglied der Europäischen Union sein. Wir werden uns bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit den Erwartungen befassen, die ¾

der britische Premierminister im Namen Großbritanniens an die Euro­päische Union herangetragen hat. Wir als Bundesregierung haben 1./160

klargemacht, dass wir uns mit aller Kraft für Ergebnisse einsetzen, von denen nicht nur Großbritannien, sondern auch Deutschland und ganz Europa profitieren. Bei den Anliegen, ¼

die der britische Premierminister vertritt, geht es keineswegs nur um britische Einzelinteressen. Einige Fragen, die in diesem Zusammenhang diskutiert ½

werden, betreffen im Gegenteil Anliegen, die aus europäischer Sicht berechtigt und nachvollziehbar sind. Ebenso wie der britische Premier­minister halte ¾

ich es beispielsweise für erforderlich, dass wir uns in der Europäischen Union stärker für Wettbewerbsfähigkeit, Transparenz und Abbau der Bürokratie einsetzen. 2./180

Deutschland und Großbritannien sind sich in dieser Überzeugung seit vielen Jahren einig. Ich vertrete gemeinsam mit dem britischen Premier­minister darüber hinaus die Auffassung, ¼

dass diejenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die eine andere Währung als den Euro haben, in wichtigen Fragen nicht übergangen werden dürfen. Unser ½

Ziel muss aus diesem Grunde sein, Diskriminierung zu vermeiden. Gleich­zeitig müssen wir eine Differenzierung in den Bereichen zulassen, wo dies in der Sache erforderlich ist. Diese ¾

Position steht überhaupt nicht im Widerspruch dazu, dass die Euro­pä­ische Wirtschafts- und Währungsunion natürlich in Zukunft weiterhin die notwendigen Entscheidungen eigenständig 3./200

treffen kann. Die Erfahrungen aus der europäischen Staatsschuldenkrise haben gezeigt, wie schnell zusätzliche Integrationsschritte erforderlich werden können. Meine Damen und Herren! ¼

Bei dieser Gelegenheit möchte ich daran erinnern, dass noch nicht alle Probleme, die durch die Staatsschuldenkrise sichtbar geworden sind, dauerhaft gelöst worden sind. Genau aus diesem Grunde wollen Deutsch­land ½

und Frankreich gemeinsame Vorschläge erarbeiten, wie die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sinnvoll weiterentwickelt werden kann. Deshalb ist es nach meiner Auffassung wichtig, dass der Präsident ¾

des Europäischen Rates in seinen Vorschlägen klargestellt hat, dass keine zusätzlichen Hindernisse für eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen werden dürfen. Wenn einige 4./220

Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Integration vorangehen wollen, dann muss das auch in Zukunft weiter möglich sein. Diese Auf­fassung steht im Übrigen keinesfalls im Gegensatz zu der Forderung ¼

des britischen Premierministers, eine gemeinsame Lösung für das Ziel einer immer engeren europäischen Integration zu finden, das in den euro­päischen Verträgen verankert worden ist. Wir sind ½

uns darüber einig, dass es auf der einen Seite immer die Möglichkeit zusätzlicher Integrationsschritte in der Europäischen Union geben muss. Auf der anderen Seite kann ein einzelner Mitgliedstaat der ¾

Europäischen Union nicht verpflichtet werden, sich an jedem Integrations­schritt zu beteiligen. Eine immer engere Integration der Europäischen Union bedeutet nach meiner Auffassung vor 5./240

allem, dass die Europäische Union ihren wesentlichen Aufgaben mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln nachkommt und die dafür notwendigen Maßnahmen ergreift. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnis­mäßigkeit, ¼

die wir in den europäischen Verträgen fest verankert haben, bringen genau diese Auffassung zum Ausdruck. Darüber hinaus ist es natürlich richtig, dass Großbritannien in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der nationalen ½

Parlamente hinweist. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland besteht zwischen Parlament und Regierung bereits eine sehr enge Zusammen­arbeit in Europafragen. In den anstehenden Verhandlungen mit Groß­britannien geht es ¾

darum, die Einbindung der nationalen Parlamente auf europäischer Ebene weiter zu verbessern. Das gilt vor allem dann, wenn die nationalen Parlamente in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union 6./260

die Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in Gefahr sehen. Meine Damen und Herren! Ein Anliegen aus britischer Sicht, das in der Öffentlichkeit besonders intensiv diskutiert wird, ist die Beseitigung von Fehlanreizen in den Sozialsystemen. ¼

Dieses Anliegen ist nach meiner Auffassung nachvollziehbar und berech­tigt; denn die Zuständigkeit für die jeweiligen Sozialsysteme liegt nicht zentral in Brüssel, sondern bei den einzelnen Mitgliedstaaten der Euro­päischen Union. Deshalb ½

ist es meines Erachtens selbstverständlich, dass jeder Mitgliedstaat in der Lage sein muss, seine Sozialsysteme gegen Missbrauch zu schützen. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an die Diskussionen, die wir zu dieser Frage auch in der Bundesrepublik ¾

Deutschland führen. Die Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutsch­land hat gezeigt, dass es auch bei uns einen Handlungsbedarf für die nationale Gesetzgebung im Bereich der Sozialsysteme gibt. In diesem Zusammenhang dürfen wir allerdings nicht außer Acht 7./280

lassen, dass dieser Handlungsbedarf stärker durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als durch die europäische Recht­spre­chung hervorgerufen wurde. Die zuständige Bundesministerin und die Bundesregierung werden aus diesem Grunde gesetzliche Maßnahmen vorschlagen, ¼

die zu einer ausgewogenen Lösung für diese Fragen einen wesentlichen Beitrag leisten können. Aus diesen Ausführungen wird nach meiner Auf­fassung deutlich, dass zwischen Großbritannien und der Bundes­republik Deutschland keine Meinungsverschiedenheiten bestehen, wenn ½

es um die Reform der Sozialsysteme geht. Allerdings führt diese Debatte zu einem übergeordneten Punkt. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft darauf bestehen, dass bei Anpassungen auf europäischer Ebene die grundlegenden Errungenschaften der europäischen ¾

Integration nicht in Frage gestellt werden. Im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Diskussion mit Großbritannien sind vor allem die Grund­sätze der Freizügigkeit und der Nichtdiskriminierung von wesentlicher Bedeutung. Für die Bundesregierung möchte 8./300

ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass diese beiden Grundsätze für uns nicht zur Disposition stehen. Diese Grundhaltung mit den britischen Anliegen zu vereinbaren, ist die entscheidende Aufgabe, die wir in der Europäischen Union in der nächsten Zeit lösen müssen. ¼

Dies zu erreichen ist das gemeinsame Ziel aller Teilnehmer des bevor­stehenden Europäischen Rates. Allerdings dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass die anstehenden Fragen nicht einfach zu lösen sind. Die Europäische Kommission hat Vorschläge zur Lösung der Probleme vorgelegt; ½

aber im Europäischen Rat werden wir sicherlich noch intensive Bera­tun­gen darüber führen müssen. Natürlich werden wir in dieser Woche beim Europäischen Rat keine Änderungen der europäischen Verträge beschlie­ßen. Vielmehr wird es bei dieser Tagung um eine ¾

Vereinbarung gehen, dass bei der nächsten Überarbeitung der europä­ischen Verträge unsere Einigung mit Großbritannien berücksichtigt wird. Diese nächste Änderung der europäischen Verträge muss selbst­ver­ständlich im Einklang mit den einschlägigen Verfahren der Europäischen 9./320

Union und den verfassungsrechtlichen Vorgaben bei uns in der Bundes­republik Deutschland erfolgen. Wenn sich die Einigung mit Großbritannien konkretisiert, wird die Bundesregierung das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag über die Verabschiedung eines Zustimmungs­gesetzes herstellen. Meine Damen und ¼

Herren! Insgesamt halte ich die Vorschläge, die der Präsident des Euro­päischen Rates vorgelegt hat, für eine gute Verhandlungsgrundlage. Die Bundesrepublik Deutschland wird ihren Beitrag leisten, damit nach Mög­lichkeit bereits beim Europäischen Rat in dieser Woche ein konkretes Ergebnis erzielt werden ½

kann, das für alle Seiten zufriedenstellend ist. An dieser Stelle möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag danken, die das Gespräch mit ihren Partnern in Groß­britan­ni­en gesucht und auf beiden Seiten für Verständnis geworben haben. Ich bin davon überzeugt, ¾

dass es in unserem nationalen Interesse liegt, dass Großbritannien ein aktives Mitglied in einer starken und erfolgreichen Europäischen Union bleibt. Deutschland hat mit Großbritannien einen Verbündeten, wenn wir uns in Europa für den Binnenmarkt, für mehr Wettbewerbsfähigkeit und für den Freihandel (10./340)

einsetzen.